

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	196
		TOP:	7
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	16.05.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Dr. Schairer		
Berichterstattung:	Frau Scherz (AföO), Frau Rohde (Polizeipräsidium Stuttgart)		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / fr		
Betreff:	Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit Friedrichstr./Theodor-Heuss-Str. - Antrag Nr. 302/2016 vom 05.10.2016 (90/GRÜNE) - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt. Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

BM Dr. Schairer begrüßt als Berichterstatterinnen die neue Leiterin der Verkehrsbehörde beim Polizeipräsidium Stuttgart, Frau Rohde, und Frau Scherz (AföO). Anschließend nimmt er Bezug auf den im Betreff genannten Antrag und übergibt das Wort an Frau Scherz.

Frau Scherz erinnert an den Bericht im UTA vor einem Jahr, als über die notwendigen Maßnahmen, die aufgrund der damaligen Gefährdungslage ergriffen wurden und die zunächst als Versuch über einen Zeitraum von einem Jahr angelegt waren, berichtet wurde. Man habe diese Gefährdungslage über eine Geschwindigkeitsreduzierung an der Theodor-Heuss-Straße und die weiteren Maßnahmen in den Begriff bekommen. Die aktuellen Zahlen werden diese Woche noch in einer Pressemitteilung bekanntgegeben. Weiter berichtet sie mithilfe der Präsentation, Seiten 1 bis 6. Aus Sicht der Verwaltung haben sich die ergriffenen Maßnahmen allesamt bewährt. Nachdem der Versuch formal

beendet und positiv bewertet ist, sei alles Weitere das laufende Geschäft der Verwaltung.

Die Frage 2 des Antrags Nr. 302/2016 beantwortet sie dahingehend, als dass unnötiges Fahren ein Bestandteil ist, der nach § 31 Abs. 1 der StVO geahndet werden kann. Das Bußgeld liege bei 20 €. Jedoch sei der Überwachungsaufwand erheblich, um nachweisen zu können, dass jemand unnötig hin- und hergefahren ist.

Frau Rohde (PP Stuttgart) erläutert die bisherigen Maßnahmen und die Ergebnisse der polizeilichen Schwerpunktaktionen (S. 7 und 8 der Präsentation). In Bezug auf den Antrag Nr. 302/2016 und die Anregung, wonach die Verkehrspolizei das erfolgreiche Konzept der Stadt Mannheim sich als Vorbild nehmen soll, macht sie darauf aufmerksam, dass Mannheim beim PP Stuttgart nachgefragt habe, wie man vorgeht, weil seit 2011 Polizei und Stadt sehr gut zusammenarbeiten.

Neben den baulichen und verkehrsrechtlichen Maßnahmen seien Überwachungsmaßnahmen erforderlich, die im Umfeld des eigentlichen Bereichs der Theodor-Heuss-Straße seitens der Polizei erfolgen, und auch die Zufahrtsstraßen einschließen. Es habe sich gezeigt, dass die Angehörigen der motorisierten Vergnügungsszene gerne auch auf der Cannstatter Straße und auf der Heilbronner Straße ihr Fahrzeug austesten, so dass Überwachungsmaßnahmen auf der Zulaufstraße Erfolg zeigen. Maßgeblich tragen die Schwerpunktaktionen dazu bei, szenetypische Fahrzeuge entsprechend zu kontrollieren und durch geeignete Folgemaßnahmen den überwiegend jungen Herren aufzuzeigen, was nicht möglich ist. Im alltäglichen Streifendienst betreibe die Polizei außerdem entsprechende Überwachungsmaßnahmen, sodass insgesamt deutlich höhere Zahlen als die auf Seite 8 dargestellten zu verzeichnen sind.

In der Summe bleibe man bei der Konzeption, weil sie zu dem Ergebnis führe, dass die Poser-Szene in Stuttgart einigermaßen im Griff ist. Wichtig erachte man die Unterscheidung zwischen zwei Teilen dieser Szene, nämlich den Teil, der sich auf das Schrauben und das eigentliche Tunen konzentriert und der sich am Parkplatz beim Fernsehturm aufhält - dieser Teil bereite aus polizeilicher Sicht keine Probleme - und den Teil, auf den sich der Antrag bezieht, die sich zur Schau stellen möchten.

Aus Sicht der Stadtverwaltung habe sich der einjährige Versuch bewährt, fasst der Vorsitzende zusammen. Daher wolle man die Maßnahmen fortsetzen, denn würde man sie einstellen, so kommen die Poser wieder.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) befürwortet die vorgeschlagene Fortsetzung, weil klar erkennbar sei, dass die Maßnahmen Wirkung zeigen und eine Verstetigung sinnvoll ist im Sinne der Bürger, die sich in der Innenstadt bewegen. Er dankt der Polizei für die Schwerpunktaktionen und plädiert dafür, dass auch dies fortgesetzt wird.

StR Dr. Schertlen (STd) sieht als einzigen Wermutstropfen den Poller in der Lautenschlagerstraße, der zur Folge habe, dass der Raum um den Palast der Republik "komplett zugesetzt ist mit konsumierenden Passanten", weshalb es auch mit dem Fahrrad dort kein Durchkommen gebe.

Zustimmung zur Weiterführung der Maßnahmen erklärt StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS), auch wenn die Fraktionsgemeinschaft sich vorstelle, die Bolzstraße künftig als

Fußgängerzone auszuweisen. Er fragt, ob und welche Verlagerungseffekte der motorisierten Vergnügungsszene identifiziert werden konnten, z. B. an die Kriegsbergstraße.

Frau Rohde teilt mit, man habe keine nennenswerte Verlagerung feststellen können, da in der Kriegsbergstraße das Publikum fehlt. Es gebe sicherlich einzelne Fahrten, die dort stattfinden, doch sei eine Verlagerung der Szene aus Sicht der Verkehrspolizei nicht feststellbar.

BM Dr. Schairer stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat von den Berichten Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Faßnacht / fr

Verteiler:

- I. Referat SOS
zur Weiterbehandlung
Amt für öffentliche Ordnung

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat StU
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
 3. Referat T
Tiefbauamt (2)
 4. BVin Mitte
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. Stadtkämmerei (2)
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN